

## Bankenregulierung: Nach dem Debakel ist vor dem Debakel

**CHRISTIAN HOFFMANN**

*Die jüngsten Ereignisse lassen den Ruf nach mehr Regulierung laut werden. Doch sind Politiker in der Lage, eine Finanzkrise zu vermeiden?*

Nach dem Beinahe-Zusammenbruch der Finanzindustrie im Zuge der jüngsten Immobilien- und Kreditkrise waren sich die Beobachter einig: Reformen braucht die Welt. Wie bisher könne es offensichtlich nicht weitergehen; es könne nicht sein, dass das finanzielle Ungleichgewicht einiger grosser Finanzinstitutionen eine Weltwirtschaftskrise nach sich ziehe. Anlässlich eines Gipfels in London verabschiedeten die politischen Führer der G20 Industriestaaten einen 29 Punkte-Plan, der neben der Verteilung von Subventionen in der Höhe von mehreren Hundert Milliarden Euro eine aktive Bekämpfung des Steuerwettbewerbs und des Bankgeheimnisses vorsah. Nach Plänen der Regierung Obama soll in den USA nun der Eigenhandel der Banken eingeschränkt werden, selbst über eine Begrenzung der Marktanteile einzelner Banken wird nachgedacht. Auch an der Schweiz gehen die Forderungen nach einer schärferen Bankenregulierung nicht spurlos vorbei. So wurden bereits die Eigenkapitalvorschriften verschärft und den Boni-Politiken der Finanzhäuser Grenzen gesetzt. Neben der Finma spielt in der Schweiz die Nationalbank eine treibende Rolle beim neuen Regulierungskarussell im Finanzsektor. Ausgerechnet. Es muss tatsächlich die Frage gestellt werden, warum ausgerechnet die Regierung und ihre Behörden — zu denen auch die Zentralbank gehört — die notwendige Weisheit besitzen sollte, um eine Steuerung der Finanzmarktteilnehmer in einer Art vornehmen zu können, die künftige Finanzkrisen abwenden würde? Waren diese Institutionen etwa in der Lage, vergangene Krisen vorherzusehen und zu vermeiden? Ganz offensichtlich nicht.

Eine Ursache dafür dürfte sein, dass der Staat und seine Behörden von Politikern geführt werden. Politiker verfolgen stets das Ziel, ihre Macht zu erhalten, indem die Chancen einer Wiederwahl maximiert werden. Dies erfordert in der modernen Massendemokratie populistische Massnahmen, die allzu häufig von enormer ökonomischer Kurzsichtigkeit geprägt sind. Die Förderung des Immobilienbesitzes und Hausbaus in den USA — welche der jüngsten Immobilienkrise zugrunde lag — ist hierfür ein treffendes Beispiel. Politiker sind keine gottgleichen Orakel und keine moralisch unantastbaren Heiligen, sie sind Menschen, so kurzsichtig, egoistisch und fehlbar wie jene, deren Verhalten sie durch Regulierungen begrenzen und steuern wollen. Allzu gern schieben sie dann die unvermeidbaren Schäden, ausgelöst durch ihre kurzsichtigen Interventionen, auf ein schwammiges «Marktversagen» — nur um sich weitere Macht über die freiwilligen Interaktionen ihrer Bürger anzueignen. Völlig absurd wird der Ruf nach einer neuen Bankenregulierung aber, wenn diese ausgerechnet in die Hände der Zentralbanken gelegt werden soll. So werden einmal mehr die Brandstifter zur Feuerwehr einberufen. Schliesslich war es die lockere Geldpolitik der Zentralbanken, die die Banken, und in der Folge Privatpersonen und -unternehmen, in eine eskalierende Verschuldungsspirale schlittern liessen. Bei einer Politik des billigen Geldes lohnt sich sparen nunmal nicht, stattdessen sollten Schulden aufgenommen werden, um von niedrigen Zinsen profitieren zu können. Die so erzeugte Liquiditätsschwemme führt dann zu Fehlinvestitionen, gefolgt von einem unvermeidlichen Crash. Natürlich ist die Politik des billigen Geldes dabei kein Selbstzweck: Die ausufernden Sozialstaaten mit ihren Billionenschweren, durch kein Kapital hinterlegten Versprechungen an künftige Transferempfänger lassen sich nur noch mit einer Politik des billigen Geldes am Leben erhalten. Politik und Behörden handeln in ihrem verantwortungslosen Spiel also Hand in Hand.

Ist vor diesem Hintergrund davon auszugehen, dass die nun angestossenen Bankenregulierungen künftige Krisen abwenden werden? Sicher nicht. Vorschriften bezüglich des Eigenhandels, der Boni oder der Eigenkapitalisierung werden nur neues Ausweichverhalten nach sich ziehen, solange die grundlegenden ökonomischen Anreize der Branche nicht verändert werden. Dies aber kann sich die Politik nicht leisten, im Gegenteil. Während die Öffentlichkeit mit symbolischen «Reformen» ruhiggestellt wird, fordert die Politik die Banken auf, weiter grosszügig Kredite zu vergeben. Die Zentralbanken haben seit der Finanzkrise die Geldschleusen in einem beispiellosen Ausmass geöffnet. Das gefährliche Spiel mit dem billigen Geld geht also unvermindert weiter. Die Banken werden dabei als Handlanger der Politik nicht nur nicht davon abgehalten, sondern direkt dazu angehalten, weiter mitzuspielen. Zur Belohnung werden sie vor einem Kollaps geschützt, erhalten staatliche Garantien für ein künftiges Fortbestehen.

Soll also der unbedarfte Bürger tatsächlich noch glauben, dass platzende Finanzblasen und Bankengiganten auf tönernen Füßen ein Problem des freien Marktes, des entfesselten Kapitalismus darstellen? Die einzige Regulierung, die die Sparer, Investoren, Arbeitnehmer und Unternehmer tatsächlich vor künftigen Krisen schützen könnte, wäre ein Rückzug der staatlichen Planer aus dem Finanzwesen, ein Ende der Staatsfinanzierung durch billiges Geld und ein Schlussstrich unter das scheinheiligen Zusammenspiel populistischer Politiker und williger Finanzinstitutionen.

*Dieser Artikel wurde in den «LI-Perspektiven» publiziert.*

Mai 2010

